

Tübingen, 26.7.2016

Was heißt denn hier Hilfe? – Unterstützungsarbeit – auf Augenhöhe mit Geflüchteten?

Vortrag von Thomas Gebauer, medico international

I.

Was heißt denn hier Hilfe? - Diejenigen, die medico ein wenig kennen, wissen, dass wir uns seit längeren schon kritisch auch mit dem eigenen Metier, dem Helfen auseinandersetzen. Nicht, dass wir das „Helfen“ als solches ablehnen würden, im Gegenteil. Für eine Hilfsorganisation wäre das auch reichlich unverständlich. Aber wir wissen eben auch, dass mehr als Hilfe notwendig ist, damit sich Menschen dauerhaft aus Not und Unmündigkeit befreien können. Die Welt, so haben wir das vor einigen Jahren mal formuliert, leidet nicht an zu wenig Hilfe, sondern an Verhältnissen, die immer mehr Hilfe erforderlich machen.

Über diesen Zusammenhang will ich nun reden, selbstverständlich mit Bezug auf unser Thema: das Thema Flucht und Hilfe für Geflüchtete, und dabei auch mit Bezug auf das Video.

Vor einigen Tagen haben wir uns das Video bei medico angesehen, und die Kolleg*innen von uns, die in Schulen, bei der GEW und in anderen Kontexten Vorträge halten, freuen sich schon, ihn nun selbst einsetzen zu können. Natürlich kann so ein Video die komplexen Umstände, die in der Begegnung, die zwischen denen, die Hilfe anbieten, und denen, die sie annehmen, zum Tragen kommen, nicht umfassend aufgreifen. Aber als Einstieg für einen Austausch über die Erfahrungen, die Menschen in diesen Begegnung machen, ist es aber hervorragend geeignet.

Und eben dieser Erfahrungsaustausch ist deshalb so wichtig, weil Hilfe, so einfach und selbstverständlich sie scheint, voller Tücken und Widersprüchlichkeiten steckt. Es sind viele, mitunter unbewusste Umstände, die in die Beziehung zwischen Helfenden und Hilfeempfangenden einfließen und diese belasten können: so z.B. zu hoch gesteckte Ziele, sich widersprechende Erwartungen, Rettungsphantasien, Selbstüberschätzungen,

unbewusste Projektionen, ambivalente Haltungen und nicht zuletzt jene Komplikationen, die aus der Abhängigkeit, die zwischen den Helfenden und den Hilfeempfangenden bestehen können, resultieren. Gelingt es nicht, solche Umstände zu reflektieren, sind Enttäuschungen kaum zu vermeiden, und viel zu oft geht dann die Grundlage für eine vertrauensvolle Beziehung verloren. Helferinnen und Helfer, die sich gerade noch engagiert für Flüchtlinge eingesetzt haben, fangen an zu zweifeln, ziehen sich zurück; andere reagieren mit Zynismus.

Dass Sie mich nicht missverstehen. Ein Nachdenken über die Gefahren und Grenzen im Kontext der Hilfe für Flüchtlinge, spricht nicht gegen eine solche Hilfe. Ganz im Gegenteil.

In allen meinen Vorträgen habe ich immer wieder deutlich gemacht, dass in dem wunderbaren Engagement, das Hunderttausende von hilfsbereiten Menschen in der Betreuung der zu uns Geflohenen entfaltet haben, nicht nur Mitmenschlichkeit und Solidarität zum Ausdruck gekommen ist, sondern auch ein authentisches Zeichen gegen Rassismus und fremdenfeindlicher Gewalt, ein Zeichen, das mit Blick auf die wachsende rechtspopulistische Gewalt gar nicht hoch genug geschätzt werden kann.

Aber gerade deshalb ist es so wichtig, dass sich Weltoffenheit und Solidarität als gelebte Praxis verstetigen. Es wäre fatal, wenn sich das Engagement von so vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern aufgrund von Überforderungen verschleißen oder im Zuge von Enttäuschungen wieder verblassen würde. Verhindert werden kann das nur, wenn die Komplexität, die in der Begegnung mit Flüchtenden liegt: die Grenzen der Hilfe und die eigenen Motive kritisch reflektiert werden.

Für verantwortungsbewusste Lehrerinnen, Sozialarbeiter, Therapeutinnen und Therapeuten sind solche Reflexionen übrigens etwas ganz Normales; sie sollten es wenigsten sein. Um ihre Arbeit zu qualifizieren, treffen sie sich regelmäßig in sog. Balint-Gruppen, wo im kollegialen Kreis einzelne Fälle und eigene Erfahrungen besprochen werden können. Auch und gerade im Kontext der Betreuung von Flüchtlingen ist das notwendig. Und das Video kann dabei einen guten Anstoß geben, um beides: die Grenzen

von Hilfe ebenso wie die Irritationen, die dabei auftreten können, in den Blick zu nehmen.

II.

Schauen wir also näher auf die Praxis der Flüchtlingshilfe. Weil hier in aller Regel Menschen aus ganz unterschiedlichen Lebensumständen zusammentreffen, ist die Gefahr für Missverständnisse besonders groß. Eine Rolle spielen dabei nicht alleine die oft zitierten kulturellen Eigentümlichkeiten und Unterschiede, sondern sehr häufig auch Traumatisierungen, die Flüchtlinge erfahren haben, vor allem aber jene Asymmetrie, die in der Struktur der Beziehung zwischen Helfenden und Hilfesuchenden auszumachen ist.

Alle Bemühungen um „Augenhöhe“ können nicht darüber hinwegtäuschen, dass der rechtliche Status von Flüchtlingen oftmals ungeklärt ist, dass viele nur „geduldet“ sind und andere schon morgen abgeschoben werden können. Auch das gerade erst beschlossene Integrationsgesetz, dass von Geflüchteten unter Androhung von Sanktionen Integrationspflichten abverlangt, ist alles andere als förderlich. Dass aus solchen Umständen Misstrauen und abwartende Haltungen resultieren können, sollte nicht verwundern. Gibt es für die Helfenden keine Gelegenheit, sich über solche Komplikationen auszutauschen, können sich bestehende Stereotype, die wir alle mit uns herumtragen, rasch verstärken.

Frantz Fanon, der Psychiater und Befreiungstheoretiker, dessen Werke noch heute höchst lesenswert sind, hat diese Gefahren in einem kleinen Essay über ein angebliches „nordafrikanisches Syndrom“ eindrücklich beschrieben.

Als junger Arzt in der französischen Kolonialverwaltung in Algerien konnte Fanon beobachten, wie seine Kollegen auf die nordafrikanischen Patientinnen und Patienten reagierten, nämlich fast immer mit Unverständnis. Letztere wollten partout kein eindeutiges Krankheitsbild schildern, sondern bestanden auf diffusen Schmerzen, die sie weder organisch, noch zeitlich lokalisieren wollten. Den Ärzten, die in westlicher Medizin ausgebildet waren, galten die Patienten als verstockt bzw. als

eingebildete Kranke, die aus Faulheit in die Behandlung kämen. Sie waren nicht imstande, das diffuse Leiden der Menschen als eine völlig normale Antwort auf eine zutiefst inhumane Kolonialgesellschaft zu entschlüsseln. Stattdessen diagnostizierten sie ein vermeintliches „nordafrikanisches Syndrom“, das ihnen als Bestätigung ihrer rassistischen Vorurteile diene.

Fanon erklärt uns auch, woran die Verständigung letztlich gescheitert ist. Sie misslang, weil Helfende und Hilfesuchende über keine gemeinsame Sprache verfügten, die die kolonialen Machtverhältnisse, in denen sie ganz unterschiedliche Positionen einzunehmen hatten, zu erfassen vermochte.

III.

An diesen Umständen hat sich bis heute kaum etwas geändert. Zwar gab es im Zuge der Entkolonisierung auch Versuche der Verständigung, doch sind die immer fragil geblieben. Mit der globalen Entfesselung des Kapitalismus sind auch diese Bemühungen wieder zunichte gemacht worden, und so stehen die heutigen post-kolonialen Trennungen den kolonialen von damals in nichts nach.

Die Spaltung der Welt in einen wirtschaftlich, politisch und kulturell dominanten globalen Norden auf der einen Seite und die Zonen des Elends, der Perspektivlosigkeit und der Demütigung im globalen Süden hat erneut jede Verständigung schwierig, ja unmöglich gemacht. Die Entwicklung einer gemeinsamen Sprache, wie sie Jürgen Habermas nach den Terroranschlägen von 9/11 angemahnt hatte, ist ausgeblieben. Ohne eine solche gemeinsame Sprache aber wird es nicht gelingen, jene Kraft zu entwickeln, die den voranschreitenden Zerstörungsprozess zu stoppen vermag. Ich werde am Ende meiner Ausführungen darauf zurückkommen.

Bleiben wir aber noch einen Augenblick bei den Motiven der Helfenden. Nicht immer sind es bekanntlich altruistische Haltungen oder politisch bewusste Entscheidungen, die helfendes Engagement begründen. Hilfe ist nicht frei von eigennützigem Interesse, und sei es nur deshalb, weil wir Gutes tun, um uns selbst gut fühlen zu können.

Ja, in Hilfe kann auch so etwas wie eine Rechtfertigungsstrategie zum Ausdruck kommen: Man hilft, um sich mit den Spaltungen, die in der Welt existieren, zu versöhnen; um sich der eigenen privilegierten Lage nicht weiter schämen zu müssen.

Besonders ausgeprägt ist diese Tendenz in der gesellschaftlichen Mitte, wo sich ein eigentümliches Schwanken zwischen der Idee universell gültiger Menschenrechte und der Verteidigung des eigenen Wohlstandes beobachten lässt. Viele wissen um das Elend, das in der Welt herrscht, können es aber nicht mit dem eigenen Leben in Zusammenhang bringen. Aus Selbstschutz muss die emotionale Dimension des Wissens um die Katastrophe unterdrückt werden. Andere spüren durchaus, dass sich der hiesige Wohlstand nicht zuletzt auf die Armut der anderen gründet, was negative Gefühle, wie Scham und Schuld hervorrufen kann, die ebenfalls abgewehrt werden müssen. Das sich Gewissensnöte über karitatives Handeln beruhigen lassen, ist seit alters her bekannt.

Und das Ergebnis ist verführerisch: Eine Welt, die nur noch Helfer und Hilfsbedürftige kennt, erscheint um einiges versöhnlicher als eine Welt, die in Privilegierte und Gedeemütigte, in Machtvolle und Ohnmächtige gespalten ist. Macht und Ohnmacht empören, aber wer könnte schon an Hilfe Anstoß nehmen?

Dass Hilfe zu einem großen Teil auch der Überwindung eigener Legitimationsdefizite dient, daran haben übrigens auch Hilfsorganisationen Anteil. Wer mit Slogans wie „Tausend Fragen, eine Antwort, helfen“ für seine Arbeit wirbt, appelliert nicht nur an Empathie und Solidarität, sondern befördert zugleich einen fatalen Mix aus Selbstüberschätzung, Naivität und eben Gewissensberuhigung.

Zygmunt Baumann, der polnisch-britische Philosoph, hat solche Formen von Hilfe einmal mit dem Karneval verglichen. Die bestehenden Verhältnisse, so Baumann, werden dadurch bestätigt, dass sie von Zeit zu Zeit und begrenzt auf besonderen Situationen umgekehrt werden. Tatsächlich besteht im wohlhabenden Teil der Welt die Tendenz, Mitleid und Nächstenliebe an besonders krass hervortretende Notlagen zu

knüpfen, um damit ihr Nichtvorhandensein im täglichen Leben zu legitimieren und für normal zu erklären. Gerechtigkeit wird zur guten Tat, die über den Mangel an Gerechtigkeit, der in der Welt herrscht, hinwegtröstet.

Wohlgemerkt: Solche Umstände sprechen nicht generell gegen Hilfe und schon gar nicht gegen das Mitleid. Nicht die Fähigkeit, sich in die Nöte andere hineinversetzen zu können, noch das solidarische Engagement sind das Problem, sondern seine Reduzierung auf die gute Tat.

Die Dominanz des Nordens wird durch eine Hilfe, die sich jeder Kritik an bestehenden Privilegien und Machtverhältnissen enthält, nicht in Frage gestellt, sondern eher noch stabilisiert. Hilfe dient dann nicht mehr der Skandalisierung von Elend, sondern zu dessen Verschleierung.

IV.

Aber schauen wir nun auf die Welt, wie sie ist. Wenn wir die Länder betrachten, aus denen Menschen fliehen, zeigen sie - bei aller Verschiedenheit - doch auch Gemeinsamkeiten. Ob im Irak, in Afghanistan, Mali oder Guatemala, in all diesen Ländern sind Merkmale eines voranschreitenden Staatszerfalls und wachsender sozialer Ungleichheit auszumachen. Beides entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Folge dessen, was wir Globalisierung nennen.

Deren Ziel war eben nicht die Schaffung von weltbürgerlichen Verhältnissen, sondern die Wiederankurbelung der in den 1970er Jahren ins Stocken geratenen Kapitalverwertung. Damals schienen die Grenzen des Wachstums nahe und das Erzielen von Rendite nur noch über die Senkung der Produktionskosten möglich. Erreicht wurde dies unter anderem durch den Einsatz neuer Technologien, aber auch über die Internationalisierung der Produktionsabläufe und damit die Auslagerung von Arbeitsplätzen in sog. Billiglohnländer.

Voraussetzung dafür, dass hiesige Unternehmen heute Klamotten in Bangladesch, Handis in China oder Tierfutter in Lateinamerika

produzieren lassen können, war die Liberalisierung des internationalen Waren- und Kapitalverkehrs.

Entsprechend stand nicht die Freizügigkeit von Menschen auf der Agenda der Globalisierung, sondern die Freiheit von Waren- und Geldströmen. Das Versprechen, dass dabei auch etwas für die Armen abfallen würde, hat sich als Trugschluss erwiesen. Statt zu einem Trickle-down-Effekt kam es zu dessen Gegenteil, zur Umverteilung von unten nach oben. Die Reichen wurden reicher, die Armen ärmer. Gerade einmal ein Prozent der Weltbevölkerung besitzt heute die Hälfte des weltweiten Vermögens.

Die Lage ist inzwischen so prekär, dass selbst das Davoser Weltwirtschaftsforum kürzlich eingestehen musste, dass sich im Zuge der Globalisierung das Risiko für soziale Verunsicherung drastisch vergrößert habe, freilich ohne hinzuzufügen, was diese Verunsicherung verursacht hat und wie ihr zu begegnen wäre.

Soziale Verunsicherung, übersetzt heißt das: zunehmende Bedeutungs- und Perspektivlosigkeit, fehlende Arbeit, Hunger, Vertreibung durch Klimawandel, Hunger, Kriege. All das ist heute für eine wachsende Zahl der Weltbevölkerung bitterer Alltag, und all das machen Menschen geltend, wenn sie wir nach ihren Beweggründen für Flucht und Migration fragen.

Sie fliehen vor Korruption, Misswirtschaft und den Folgen jener den Ländern aufgezwungenen wirtschaftlichen Strukturanpassungsprogramme, die dafür gesorgt haben, dass öffentliche Daseinsvorsorge privatisiert, subventionierte Grundversorgung gestrichen und Budgetmittel, die so dringend für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Länder notwendig gewesen wären, in den Schuldendienst bzw. in den Aufbau von Sicherheitsapparaten geflossen sind.

Nicht demokratische Gemeinwesen konnten sich so herausbilden, sondern autoritäre Herrschaftsverhältnisse, in denen staatliche Einrichtungen, die eigentlich für Beteiligung sorgen sollte, nur noch damit befasst sind, die Bedingungen für die Kapitalverwertung plus Herrschaft zu optimieren. Dass aus solchen Umständen Gewalt erwächst, sollte nicht

verwundern. Auch nicht, dass Machthaber, die sich nicht mehr demokratisch legitimieren können, zur Erhaltung ihrer Macht Feindbilder schüren und dafür sorgen, dass sich soziale Konflikte in ethnische Auseinandersetzungen verschieben und schließlich in offene Gewalt umschlagen.

Waren es 2005 noch 7 Staaten, die hohe bzw. sehr hohe Alarmzeichen von Fragilität aufwiesen, sind es 2015, zehn Jahre später schon 16 gewesen. Die globale Entfesselung des Kapitalismus hat die Welt zu einem extrem unsicheren Ort gemacht; einem Ort, dem immer mehr Menschen zu entfliehen versuchen.

V.

Bei allem Elend, das in der Welt herrscht, sollten wir nicht übersehen, dass die Folgen des marktradikalen Umbaus der Weltwirtschaft längst auch hierzulande auszumachen sind. Auch wir verspüren ein wachsendes Unbehagen an den Verhältnissen.

Mit der neoliberalen Aufkündigung von Gesellschaftlichkeit - denken Sie an Margaret Thatchers monströsen Satz: „There is no such a thing as society“ – jedenfalls ist das Risiko für das gewachsen, was im neoliberalen Lebensentwurf eigentlich gar nicht vorgesehen ist: das Scheitern.

Weder gibt es heute noch jene soziale Sicherheit, von der heraus sich das Leben angstfrei in die Hand nehmen ließe, noch haben die Einzelnen die Möglichkeit, die strukturellen Vorgaben, innerhalb der sie eigenverantwortlich tätig werden sollen, wirkungsvoll beeinflussen zu können. Die Kolonisierung der Lebenswelten, wie Habermas das genannt hat, ist weit vorangeschritten.

Und an dieser Stelle kommen die Nachrichten von der näher rückenden Katastrophe ins Spiel. Was bislang womöglich nur als diffuses Unbehagen empfunden wurde, bekommt mit der nun auch hier spürbaren Umwelt- und Finanzkrise, der unerträglichen Lage der Menschen in Griechenland, der skandalösen Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa einen konkreten Zusammenhang. Mit dem Auftauchen von Hunderttausenden von

Flüchtlingen, die nichts mehr haben als das „nackte Leben“, wird die Gefahr des Scheiterns schließlich unübersehbar.

Es war Hannah Arendt, die darauf hingewiesen hat, dass Flüchtende nicht nur Elend symbolisieren, sondern vor allem deutlich machen, wie nahe Zivilisation und Barbarei zusammenliegen. Flüchtlinge erzählen davon, wie groß das Risiko geworden ist, plötzlich alles verlieren zu können und auf ein Leben in völliger Rechts- und Schutzlosigkeit zurückgeworfen zu werden. Indem sie verdeutlichen, wie eng Wohlstand mit Verlusten und Zerstörung einhergeht, halten sie denen, die noch privilegiert sind, den Spiegel für eigene fatale Strategien und Lebenslügen vor.

Und so wird nicht zuletzt in der Begegnung mit den Flüchtlingen erfahrbar, wie sehr die Welt bereits aus den Fugen geraten ist. Die Befürchtung, womöglich selbst schon bald zu den Verlierern zählen zu können, erzeugt Angst.

Angst, die sich heute nicht zuletzt rechtspopulistische Bewegungen zunutze machen. Überall in Europa sind Parteien auf dem Vormarsch, die sich auf infame Weise das Unbehagen, das sich mit der neoliberalen Aufkündigung einer solidarisch verfasster Gesellschaftlichkeit breit gemacht hat, zunutze machen. Mit dumpfer Hetze gegen Flüchtlinge, Medien und Europa bedienen sie die Sehnsucht nach einer Vergangenheit, in der noch Ordnung und Stabilität herrschte und Politik noch national bestimmt wurde.

Umso wichtiger ist es, dass wir die Kritik an den Verhältnissen nicht rückwärtsgewandten fremdenfeindlichen und rechtsextremen Bewegungen und Parteien überlassen. Die Lösung der globalen Krise liegt nicht im Aufbau von Mauern und Zäunen und der Renaissance national-konservativer Politik, sondern im Bemühen um einen weltweiten sozialen Ausgleich. Notwendig ist die Schaffung weltgesellschaftlicher Verhältnissen, in denen Menschen gar nicht mehr erst in die Flucht getrieben werden und Hass und Gewalt keine Chance haben.

Gefordert ist nichts Geringeres als jene große gesellschaftliche Transformation, von der heute auch in anderen Zusammenhängen, etwa

der Umweltpolitik die Rede ist. Notwendig ist eine grundlegende Korrektur des herrschenden Wirtschaftssystems.

Die Aufgabe, die damit verbunden ist, erfordert mehr als das Bekunden von Entschlossenheit. Es geht auch nicht um ein paar ideologische Scharmützel mit Politikerinnen und Politikern, sondern um die Auseinandersetzung mit hegemonialen Verhältnissen und – darin eingewoben – mit unserer eigenen Lebensweise. Veränderung wird erst dann möglich, wenn sich die Idee von alternativen Produktions- und Konsumverhältnisse jenseits von Wachstumszwang und Ausbeutung durchsetzt: die Idee eines guten Lebens jenseits von Bevormundung und Unterdrückung, - eben eine Alternative zur gegenwärtigen „imperiale Lebensweise“, wie das der Sozialwissenschaftler Uli Brand formuliert hat.

Träger dieses Prozesses kann in der globalisierten Welt nur eine unabhängige transnationale Öffentlichkeit sein, die sich über alles Landesgrenzen hinaus bildet und auf der Grundlage gemeinsamer Analysen gemeinsame politische Initiativen formulieren kann. Das Problem dieser transnationalen Öffentlichkeit ist, dass es sie noch nicht gibt, dass sie sich noch immer erst im Prozess des Werdens befindet

VI.

Um transnationale Öffentlichkeit zu fördern, sollten wir bewusst die Begegnung mit Geflüchteten, Migratinnen und Migranten, mit Menschen im und aus dem Süden suchen. Nur in solchen Begegnungen kann sich gelingt die Entwicklung einer gemeinsamen Sprache, die zum Verständnis der bestehenden postkolonialen Machtverhältnisse imstande ist.

Hilfe muss sich dann keineswegs nur auf die Absicherung eigener Privilegien beschränken. Solidarischer Beistand kann dann auch vom Drängen auf emanzipatorische Prozesse getragen werden, um das herrschende Unbehagen an der Globalisierung an der Wurzel zu packen. Natürlich liegt es nahe, sich dabei mit Flüchtlingen, die anderswo in der Welt Opfer der globalen Zerstörungsdynamik geworden sind, zu solidarisieren.

Eines aber gilt es zu vermeiden. Fatal wäre es, wenn die zu uns geflohenen Menschen idealisiert und zu Hoffnungsträgern für die ersehnte Veränderung stilisiert würden.

Es stimmt: Menschen, die sich auf den Weg machen, um sozialem Ausschluss und Krieg zu entkommen, setzen der destruktiven „Globalisierung von oben“ aktiv das entgegen, was ich eine „Globalisierung von unten“ nenne. Eine Globalisierung, die mir allemal lieber ist, die aber noch keine sich selbst bewusste politische Bewegung darstellt, die auf eine Transformation der Verhältnisse drängen würde. Das, was in der millionenfachen Flucht von Menschen zum Ausdruck kommt, ist zunächst nur das Beharren auf Teilhabe. Der Akt, Grenzen zu überschreiten, ist ein Akt des Aufbegehrens, ohne Frage, aber es ist kein revolutionärer Akt. Die Menschen, die zu uns kommen, denken zuallererst an sich selbst. Sie sind nicht besser oder schlechter als wir.

Dabei ist der Wunsch, am hiesigen Wohlstand teilhaben zu wollen, nur zu gut zu verstehen. Mit Blick auf die Menschenrechtspakte liegt darin sogar ein Rechtsanspruch. Und dennoch bleibt der prekäre Umstand, dass sich der hiesige Wohlstand auf jenes kapitalistisches Wirtschaftssystem stützt, dessen Gesetzmäßigkeiten dafür sorgen, dass immer mehr Menschen ihrer Lebensgrundlagen beraubt werden. Hält der Klimawandel an, wird die Zahl der Klimaflüchtlinge, die jetzt schon auf 20 Millionen geschätzt wird, weiter ansteigen; ebenso die Zahl der Kleinbauern, die aufgrund von Landraub aus ihren Subsistenzwirtschaften vertrieben werden, ohne dass ihnen Alternativen zur Verfügung stünden.

Bleibt es bei einem Freihandel, der von den Armen nimmt, um es den Reichen zu geben (take it from the needy, give it to the greedy), dann ist schon jetzt abzusehen, dass vielen weiteren Millionen gar nichts anders übrigens bleibt, als sich ihrerseits auf den Weg zu machen.

Gewiss der Kapitalismus ist nicht für alle Übel der Welt verantwortlich. Auch persönliches Machtstreben, verquaste Weltbilder und überkommen geglaubte Dogmen treiben ihr Unwesen. Richtig ist auch, dass der Kapitalismus den industriellen und technologische Fortschritt und damit

die Möglichkeiten eines Lebens frei von Not und Notwendigkeit vorangetrieben hat.

Aber eben diese Vorzüge des Kapitalismus verkehren sich heute in ihr Gegenteil. Der Zwang zur Erwirtschaftung von Rendite im Rahmen einer voranschreitenden Inwertsetzung von Mensch und Natur sorgen inzwischen dafür, dass Naturbeherrschung in Naturzerstörung umschlägt, Wohlstand in soziale Verunsicherung, Individualität in Depression, Freiheit in Vogelfreiheit.

Und darin liegt für mich auch die Crux in der gegenwärtigen Integrationsdebatte.

Sollen die Menschen, die uns kommen, tatsächlich möglichst rasch Deutsche werden, wie das Herfried Münkler verlangte? Sollen sie also möglichst rasch jene imperiale Lebensweise aneignen, die nur auf Kosten anderer möglich ist? Und dabei dann deutsche Tugenden, wie Ordnung und Sauberkeit, respektieren, wie Rupert Neudeck in alter Herbergsvater-Manier ergänzt hatte?

Sollen sie sich in gesellschaftliche Zusammenhänge integrieren, die von einer neoliberal überhöhten Idee von Eigenverantwortung geprägt sind? In eine Gesellschaft, die es laut Margaret Thatcher gar nicht mehr geben soll? Wie passt Integration zum zynischen Credo des Neoliberalismus: Wenn jede und jeder an sich denkt, ist auch an alle gedacht?

Man müsse den zu uns Gekommenen eine neue Heimat bieten, heißt es mitunter voller Emphase. Aber was ist Heimat? Geht es dabei um jenen rückwärtsgewandten Begriff von Heimat, den Rechtspopulisten im Auge haben oder um einen utopischen Begriff von Heimat, wie ihn Ernst Bloch vorschlug: Heimat als einen Ort, der zwar allen in der Kindheit scheint, aber an dem doch noch niemand war? Der erst in der Begegnung mit anderen entfaltet werden muss?

Selbstverständlich erfordert Integration, mit der Sprache des neuen Landes zurechtzukommen und einen Job zu haben. Aber wie gelingt es, ein gemeinsames Verständnis davon zu entwickeln, wie ein gutes Leben

jenseits von kapitalistischer Verwertungslogik und Verwaltungsmacht aussehen könnte?

Und wieder zeigt sich das prekäre Fehlen einer gemeinsamen Sprache, die die bestehenden Verhältnisse in all ihren Widersprüchlichkeiten erfassen könnte.

Wir helfen Menschen, einen Arbeitsplatz zu finden, und wissen doch nur zu gut, dass eine Alternative zur herrschenden imperialen Lebensweise ohne eine radikale Transformation der bestehenden Produktions- und Arbeitsverhältnisse nicht gelingt.

Wir ermöglichen ihnen Zugänge zum hiesigen Bildungssystem, von dem wir selbst nicht mehr überzeugt sind, weil es von frühester Kindheit an Konkurrenz und Nützlichkeitsdenken lehrt, statt jenes kreative Sein zu fördern, das Erich Fromm als Alternative zur herrschenden Leistungsorientierung beschrieben hat.

Und so muss der kritische Blick auf die Hilfe sehr viel tiefer gehen. Hilfe unterliegt nicht nur der Gefahr, zu einer Art Reparaturbetrieb zu werden, der für den Erhalt des Status Quo zu sorgen hat, sondern sie kann auf einer latenten Spur auch längst überwunden geglaubte koloniale Übergriffe transportieren, und sei es nur in Form eines affirmativen Pragmatismus, der - statt auf Veränderung – auf Anpassung zielt.

Da den zu uns Geflüchteten nicht wirklich Souveränität zugestanden wird und viele Helferinnen und Helfer das eigene, das westliche Entwicklungsmodell doch irgendwie für das beste aller Modelle halten, entpuppen sich viele der gut gedachten Empowerment-Ansätze, die auch in der Flüchtlingsarbeit Einzug gehalten haben, als Anpassungsprojekte.

Statt gemeinsam nach alternativen Lebensentwürfen zu suchen, geht es dann um die Bereitstellung von Techniken, Management-Knowhow oder Motivationshilfen, um mit den Anforderungen der neuen Umgebung besser zurechtzukommen.

Natürlich brauchen die Menschen, die zu uns kommen, unsere Unterstützung. Und natürlich ist all das Engagement, das den Flüchtlingen

entgegengebracht wird, große Klasse. Menschen in Not dabei zu helfen, wieder Fuß fassen zu können, ist fraglos ein ethisches Gebot. Für eine nachhaltige Veränderung aber ist mehr notwendig.

Es ist gut und richtig, einem Obdachlosen ein Bett für die Nacht zu geben, schrieb Bertolt Brecht in seinem Gedicht „Das Nachtlager“. Allerdings, so Brecht weiter, werde dadurch „die Welt nicht anders, [...] das Zeitalter der Ausbeutung nicht verkürzt“.

Damit ist ein Dilemma beschrieben, aus dem es kein Entkommen gibt. Aber gerade weil das so ist, weil es sich um ein Dilemma handelt, muss man sich dieses Dilemma immer wieder bewusst machen.

Bei medico haben wir deshalb beschlossen, Hilfe zugleich zu verteidigen, zu kritisieren und zu überwinden. Nur so denken wir vermeiden zu können, dass der Impuls, anderen beizustehen, am Ende nur jene Verhältnisse stabilisiert, die Not und Bedürftigkeit immer wieder aufs Neue entstehen lassen. Hilfe muss sich sozusagen ins Handgemenge mit den Verhältnisse begeben, die für die Schrecken der Welt verantwortlich sind.

Und so unterstützen wir die Menschen, die sich auf den Weg gemacht haben, z.B. jene Flüchtlinge, die im Athener Hotel City Plaza Zuflucht gefunden haben. Wie fördern das Alarmtelefon „watch the med“ und finanzieren die Arbeit von malischen NGOs, die sich um die Betreuung der aus Europa Abgeschobenen kümmern.

All das sind Hilfen, die für Flüchtlinge von existentieller Bedeutung sein können und die es unbedingt zu verteidigen gilt, auch wenn sie als solche noch nicht dazu beitragen, „das Zeitalter der Ausbeutung“ zu verkürzen, wie es Brecht formuliert hat.

Wir kritisieren die Bemühungen der Bundesregierung um Fluchtursachenbekämpfung, die sich bei näherer Betrachtung doch nur als Bekämpfung von Flucht und den Flüchtenden erweisen. Ausgerechnet mit Mitteln der Entwicklungshilfe wird der Aufbau eines vorgelagerten Grenz- und Migrationsmanagement vorgetrieben, mit dem bereits weit vor den Außengrenzen Europas die Flucht von Menschen nach Europa verhindert

werden soll. Ausgerechnet Regierungen, die sich schwerer und systematischer Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben und häufig genug der Grund sind, warum Menschen fliehen, Regierungen wie die von Eritrea und dem Sudan z.B., unterstützt die Bundesregierung bei der Ausbildung lokaler Sicherheitskräfte, die nun dafür sorgen sollen, das niemand mehr durchkommt. Mit kaum noch zu überbietendem Zynismus feierte Thomas de Maiziere kürzlich die rückläufigen Flüchtlingszahlen, obwohl sich noch nichts aber auch gar nichts an den Fluchtursachen verändert hat.

Eine nachhaltige Bekämpfung von Fluchtursachen, in deren Folge auch die Notwendigkeit von Hilfe überwunden werden könnte, geht anders. Sie wird nicht umhin kommen, sich über Alternativen zur herrschenden profit- und wachstums-orientierten Ökonomie Gedanken zu machen.

Konkret heißt das z.B. die internationale Angleichung von Arbeits- und Sozialstandards (Stichwort: Textilproduktion), eine effektive Regulierung umweltschädigender Produktion (Stichwort: Extraktionswirtschaft), die Bekämpfung der Steuerflucht (Stichwort: Tax Justice), die Revision bereits bestehender Freihandelsabkommen und die Verhinderung neuer (Stichwort: TTIP) und nicht zuletzt auch der Aufbau von globalen Umverteilungsmechanismen, die grenzüberschreitend dafür sorgen, dass alle Menschen an allen Orten der Welt den Zugang zu öffentlicher Daseinsvorsorge haben (Stichwort: Internationaler Gesundheitsfonds)– alles Dinge für die medico eintritt und nach Kräften streitet.

Darüber hinaus fördern wir gezielt die Herausbildung dessen, was ich zuvor transnationale Öffentlichkeit haben. Zusammen mit unseren Partnern in aller Welt sind wir – sozusagen als Vorsetzung dafür, um uns überhaupt auf politische Initiativen verständigen zu können – um die Entwicklung einer gemeinsamen Sprache bemüht. Menschenrechte, Solidarität, Gemeingüter, Hilfe und Fortschritt – für keinen dieser Begriffe gibt es a priori ein gemeinsames Verständnis, eines das guatemaltekische Kleinbauern mit pakistanischen Näherinnen oder südafrikanischen Ärzten teilen.

Und doch ist genau ein solches gemeinsame Verständnis die Voraussetzung dafür, die Vision anderer solidarischer Weltverhältnisse entwickeln zu können. Ohne ein solches gemeinsames Verständnis werden wir die Fragen, die uns auf dem Weg dorthin begleiten werden, nicht beantworten können:

die Frage nach der Bedeutung und künftigen Verteilung gesellschaftlich notwendiger Arbeit;

die Frage, wie Wachstum und Ent-Wachstum global balanciert werden können;

die Frage nach alternativen Ökonomien;

die Frage der demokratischen Konstitution gesellschaftliche Daseinsvorsorge, um den Rückfall in einen autoritären Wohlfahrtsstaat zu verhindern;

die Frage einer ästhetische Erziehung, die die Menschen nicht an die kulturindustrielle Verdummungsmaschine ausgeliefert;

die Frage einer Bildungspolitik, die sich aus der Umklammerung der Vorgaben von Ökonomie und Verwaltungsmacht befreit und an die Stelle z.B. verschulter Bologna-Studiengänge wieder die Förderung kritischen Denkens setzt.

Relevant ist die Klärung solcher Fragen deshalb, weil es eben einen Unterschied macht, ob Gesellschaften Egoismus und regressive Versorgungsbedürfnisse fördern oder soziales Engagement und kreative Beschäftigungen; - ob sie nationale Enge propagieren oder eine kosmopolitische transkulturelle Existenz.

Die Chance, die sich mit der politischen Gestaltung der Globalisierung heute bietet, ist die Überwindung jenes nationalstaatlichen Rahmens von Gesellschaftlichkeit, der sich auf Abgrenzung und damit latent immer auch auf Feindseligkeiten gründet.

Die Schaffung weltbürgerlicher Verhältnisse aber bedeutet keineswegs den Eintritt in eine paradiesische Idylle. Die Zukunft der globalisierten Welt

wird eine höchst heterogene sein, in der verschiedene Lebensstile, subkulturelle Eigentümlichkeiten und ganz unterschiedliche Konzeptionen von Gemeinwesen aufeinandertreffen. Konflikte, ja selbst Missklänge werden unvermeidlich sein. Der Idee von Toleranz wird dabei eine umso große Bedeutung zukommen, allerdings nicht im Sinne einer duldben Toleranz, die Andere gewähren lässt, obwohl nur das Eigene als richtig und wahr begriffen wird, sondern Toleranz als „Anerkennung der Anderen in ihrer Andersheit“.

Eine so verstandene kulturelle Toleranz geht weit über das bloße Akzeptieren von Fremden hinaus. Sie erfordert eine aktive Auseinandersetzung mit den Sichtweisen und Haltungen der Anderen, den offenen Meinungs austausch und schließlich die Bereitschaft, gemeinsam eigene Positionen zu verändern.

Unbedingte Voraussetzung für einen solchen Umgang untereinander sind Recht und Gerechtigkeit. Denn Toleranz ist niemals grenzenlos. Niemand muss Rassismus oder Verhältnisse, in denen die Rechte der anderen missachtet werden, „erdulden“. Dort, wo die Menschenwürde und die aus ihr abgeleiteten Menschenrechte verletzt werden, werden auch die Grenzen der Toleranz überschritten. Toleranz endet da, wo die verfassungsrechtlich verankerte Unantastbarkeit der Würde des Menschen verletzt wird.

Vielen Dank